



Niederschrift

7. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Februar 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 18 der Tagesordnung: Städtebauliche Neuordnung südlich der Stuttgarter Straße zwischen Mittelbruchstraße und Zimmerstraße – Weiteres Vorgehen zur Umsetzung der Maßnahme

Vorlage: 2019/1281

dazu:

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2020/0213

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich für die Umsetzung des Städtebaulichen Entwurfs und die Fortsetzung des Bebauungsplanverfahren „Südlich Stuttgarter Straße“ aus, nimmt den Kostenrahmen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die weiteren Planungsschritte und Umsetzungsmaßnahmen zu veranlassen und vorzunehmen. Gleichzeitig hebt der Gemeinderat den Sperrvermerk für die im DHH 2019/2020 eingestellten Finanzmittel auf und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Finanzmittel für die Folgehaushalte einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 45 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt

Änderungsantrag Ziffer 1: Bei 9 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Ziffer 2 – 4: Bei 9 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss und im Hauptausschuss.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Die Neuordnung des Geländes südlich der Stuttgarter Straße ist ein Thema, das ganz sicher in die Kategorie Dicke Bretter bohren einzuordnen ist. Es handelt sich hier um ein sehr langes Verfahren, bei dem wir es wesentlich mit der Beseitigung von Kriegsfolgen zu tun haben. Ein Drittel der Kosten, die den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten vor einem Jahr buchstäblich den Schrecken ins Gesicht gejagt haben, kommen

von der Kampfmittelbeseitigung. Dieses Vorhaben, das uns als Stadt eine so große Summe Geld kosten wird, und den Bürgerinnen und Bürgern so viel Geduld abverlangt, gibt mir Anlass, den größeren Bogen zu spannen. Die Ausmaße dieses Vorhabens sind Folge dessen, dass Deutschland unter den Nationalsozialisten mit ihrer extremistischen nationalsozialistischen Ideologie einen Weltkrieg entfacht hat. Sie sind auch Folge dessen, dass Bürgerinnen und Bürger Deutschlands sich diesem Extremismus in der Weimarer Republik nicht entschlossen genug entgegengestellt haben. Sie meinten damals, man könnte den Extremismus durch Zusammenarbeit mit Extremisten im Zaum halten. Die Tatsache, dass wir 75 Jahre nach Kriegsende noch an der Beseitigung der technischen Folgen dieser Herrschaft des Extremismus arbeiten, sollte uns allen eine Mahnung sein. Das Positive und Ermutigende ist, dass wir heute in diesem Gemeinderat keine Kooperation mit extremistischen Kräften haben. Das möchte ich betonen. Das ist mir ganz wichtig. Ich hoffe, dass es auch so bleibt.

Die Anforderungen aus dem Naturschutz kosten sehr viel Geld in diesem Verfahren. Wir müssen heute Tierarten wie Eidechsen so aufwändig schützen, weil wir Natur und Umwelt so sehr in Anspruch genommen haben. Daran führt vernünftigerweise kein Weg vorbei. Streng geschützte Arten sind aus gutem Grund streng geschützt. Wir begrüßen es, dass es der Verwaltung zusammen mit den Fachfirmen gelungen ist, die geplanten Kosten des Vorhabens zu senken. Hier zeigt sich der hohe Wert, der durch eine verbesserte Bewertung der Ausgangslage und eine daran angepasste Planung geschaffen werden konnte. Wir bedanken uns dafür. Wir sind der Meinung, dass man dieses Vorhaben wie geplant vorantreiben sollte. Wir brauchen alternative Flächen für die ESG Frankonia. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht, ihre Gärten wieder nutzen zu können. Und wir brauchen es als Teil des Biotopverbundes.

Den Änderungsantrag der Kolleginnen und Kollegen von der CDU lehnen wir ab. Natürlich erkennen wir das Ansinnen als positiv an, Wohnraum zu schaffen, ganz grundsätzlich. Dennoch funktioniert der Antrag nicht. Wir jetzt nicht ohne vorliegenden Grund auf sechs Meter Tiefe ausbaggern lassen. Die Realisierung des Biotopverbundes ist uns zu wichtig. Wir können den nicht zerschneiden. Der Antrag ist nicht sinnvoll. Es kann nicht sein, dass wir jetzt eine große Sanierungstiefe fordern, ohne uns über den Nutzen klar zu werden. Wir wollen so vorgehen, wie geplant.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir würden gerne nicht immer getrieben sein, sondern wir denken, dass wir gerade bei so einem Projekt, bei einem dicken Brett, das hier gebohrt wird – da stimme ich mit Ihnen überein, Herr Dr. Cremer – das Richtige tun müssen. Da ist es unserer Ansicht nach nicht das Richtige, dass wir im Untergrund vor allem die Ablagerungen von Bauschutt, Trümmerschutt und Brandschutt liegen lassen, egal, was da drauf gebaut wird. Für uns ist es wichtig, dass dieses Gelände komplett freigemacht wird. Es kann nicht sein, dass wir diese Sache dann einfach auf die kommenden Generationen verschieben. Die Verwaltung sagt, es reicht, die Kampfmittelsondierung wird bis 4 m gemacht, sogar noch weiter hinunter. Da wird dann wahrscheinlich nichts passieren. Aber man weiß trotzdem nicht, was passiert, wenn dort jemand doch einen Brunnen bohrt, oder wenn jemand tiefer geht. Da liegt einfach zu viel Abfall im Boden.

Das ist unser Hauptantrag. Herr Dr. Cremer, da muss ich Ihnen widersprechen. Es geht uns nicht nur um Wohnbebauung. Es geht uns in erster Linie um die Entsorgung dieses Bodens, dass bevor es bebaut wird, dieser Bereich komplett freigemacht wird. Deswegen bitten wir nachher

auch um eine einzelne Abstimmung des Punktes 1. Die Punkte 2 bis 4 kann man zusammen abstimmen. Aber das ist unser Hauptantrag. Dadurch sind die Kosten natürlich enorm gestiegen und steigen noch mehr. Deswegen wollen wir die Bürger noch einmal befragen und die Bürger mitnehmen. Das muss auch nicht in einem großen Zeitfenster sein. Wir wollen aber die Bürger mitnehmen. Denn unter so einer Voraussetzung wurde damals die Konsensus-Konferenz nicht gemacht. Wenn die Bürgerinnen und Bürger wieder zu diesem Schluss kommen, dann werden wir das auch so umsetzen. Diese Zeit sollte man sich auch hier lassen und nicht einfach sagen, wir machen den Deckel drauf und lassen da unten drin, was alles dort drin ist. Ich denke, wir sollten uns hier noch einmal gründlich überlegen, ob wir dieses Problem verbuddeln und einen Deckel drauf machen. Dann machen wir Kleingärten und einen Sportverein drauf. Das, denke ich, ist die falsche Lösung. Wir wollen so etwas nicht machen. Wir werden auch, wie gesagt, diese einzelnen Punkte zur Abstimmung stellen.

Stadtrat Zeh (SPD): Das Ganze ist schon ein langes Verfahren. Wenn es nach dem früheren Gemeinderat gegangen wäre, wäre 2001 dort die Bundesgartenschau mit ihren Grünflächen gewesen und wir müssten uns heute nicht darüber unterhalten. Leider gibt es bei langen Verfahren auch Veränderungen in den Bauvorschriften. Herr Hofmann, da ist der Punkt 1 leider nicht zukunftsweisend. Denn es wird sowieso der ganze Schutt bis zu Fläche von 1945 abgetragen und 4 m sondiert. Wenn Sie Wohnbebauung oder Gebäude drauf machen, müssten Sie 6 m tief sondieren. Entweder sagen Sie gleich klipp und klar, keine Gärten, kein Sport sondern Bebauung. Dann ist es sinnvoll, so etwas zu machen. Aber nur abzutragen ist nicht sinnvoll. Denn Sie wissen nicht, wenn in 20 Jahre vielleicht der Gemeinderat entscheidet, dort Wohnbebauung zu machen, ob dann nicht 8 oder 10 m Sondierung notwendig sind. Von daher ist das auf jeden Fall nicht der richtige Ansatz.

Die Vorlage der Verwaltung sagt aus, man soll den Sperrvermerk aufheben, damit diese Hütten, die noch in der Nähe vom Tivoli stehen, dort sind auch Eidechsen, abgerissen werden können, so dass es ein geordneter Zustand ist, so ähnlich, wie jetzt im Bereich der Feuerwache. Aber natürlich, wenn Sie hier zurück auf Anfang gehen – das sind Ihre Punkte 2 bis 4 -, das heißt, neue Konsensus-Konferenz, vielleicht auch anderes Plangebiet, dann heißt das, Sie wollen damit zum Beispiel der ESG Frankonia keine Zukunft geben. Oder Sie müssten sofort wissen, wo eine Alternativfläche für den Sportverein ist. Wir suchen ewig Flächen. Das gibt es nicht.

(Zurufe)

- Nein. Entweder wird – das ist der zweite Punkt der Vorlage – mit dem Bebauungsplanverfahren, im Moment dürften wir dort sowieso keinen Sportplatz entstehen lassen, zumindest einmal angefangen, damit irgendwo Baurecht entsteht. Herr Hofmann, Sie haben einen grundsätzlich anderen Ansatz. Man könnte grundsätzlich wieder auf Null zurückgehen. Aber diesen Weg werden wir nicht gehen. Wir wollen vorwärts gehen, zunächst einmal die Schritte, die hier angedacht sind, auch tatsächlich machen. Zurückgehen auf Null, da verweigern Sie die Zukunft für das Gelände. Es ist eine Trennlinie, es ist keine Bebauung im Regionalplan vorgesehen. Sie müssten von ganz vorne anfangen. Deswegen lehnen wir den CDU-Antrag ab.

Stadtrat Höyem (FDP): Lieber Herr Dr. Cremer, ich verspreche, dass ich mich nicht in Versuchung bringe, was Sie versucht haben. Aber wenn Sie ein bisschen die Welt kennen, wie

ich, dann könnte man über Extremismus sprechen für die ehemaligen Sowjetkommunisten. Ich weiß nicht, darum Sie davon angegangen haben. Aber ich denke, dass wenige in diesem Raum so viele extremistische Diktaturen kennen wie ich. Das können wir ein anderes Mal diskutieren.

Wir sprechen alle mit ein bisschen Nostalgie über das erfolgreiche Konsensus-Treffen 2013. Danach ist unglaublich viel schlecht gelaufen. Die Verwaltung hat sich plötzlich erinnert, dass wir einen 2. Weltkrieg gehabt haben, mit vielen Kampfmitteln, gerade in diesem Gebiet, und damit eine enorme Kostenexplosion, die uns alle für eine längere Zeit nahezu gelähmt hat. Über eine sehr lange Zeit haben wir Anwohner nahezu keine Kommunikation von der Stadt bekommen. Das Gebiet war chaotisch. Besonders die vielen Kleingärtner haben Jahre mit Unsicherheit und Frustration erlebt. Aber jetzt wollen wir weiter.

Das Bebauungsplanverfahren soll fortgesetzt werden. Es wird teuer, sehr teuer. Die Fläche ist groß. Gehen Sie einmal dorthin und schauen, wie groß diese Fläche eigentlich ist. Die Entwicklung ist nicht nur wichtig für uns in der Südstadt. Die Fläche ist, wie wir wissen, das Schlüsselgebiet für das ganze Frankonia-Sportgelände an der Durlacher Allee und für die Verkehrsverbesserung dort. Lassen Sie uns jetzt mit neuem Optimismus weitergehen. Mein Kompliment dafür, was die letzten sechs, sieben Monate dort passiert ist. Wir Anwohner sind zufrieden mit der Kommunikation. Wir sehen mit Zufriedenheit, wie die Arbeit Tag für Tag Ordnung in das Chaos bringt. Bitte berücksichtigen Sie in der Planung, dass diese große – ich sage es noch einmal, weil wenige verstanden haben, wie unglaublich groß es ist – Fläche soweit wie möglich auch für die Öffentlichkeit zugänglich wird. Bitte berücksichtigen Sie, das ist vielleicht eine Kleinigkeit, aber auch in der Neugestaltung der Kleingärten die Kleingärtner, die unnötig Unsicherheit und Frustration erlebt haben. Ich ende mit einem Kompliment für das, was jetzt geschieht.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir von der AfD wurden 2014 in den Gemeinderat gewählt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Politik in Karlsruhe dieses Problem über 50 Jahre vor sich hergeschoben.

(Zurufe)

- Es ist leider so. Dieses Problem wurde über sehr lange Zeit vor sich hergeschoben. Jetzt sind wir an dem Punkt, wo wir es endlich in Ordnung bringen müssen. Es kostet uns ungefähr so viel wie das Stadion am Wildpark. Ich weiß noch, welche Diskussionen wir damals geführt haben. Das Problem ist nur, das sehen wir ganz genauso, wir können es nicht anders lösen. Deswegen sind wir der Verwaltung auch dankbar, dass sie jetzt einen sehr pragmatischen Weg eingeschlagen hat, der aus unserer Sicht genau der richtige ist, dass man nämlich die Bodenschichten, von denen man weiß, dass sie nach dem Krieg aufgeschüttet wurden, abträgt und auf dieser Ebene, die man dann erreicht, eine Tiefensondierung macht, mit der man dann noch die 4 m weiter unten sondieren kann, um sicherzustellen, dass dort keine Blindgänger mehr vorhanden sind. Wir glauben, dass es die richtige Maßnahme ist, um dieses Gelände, das wirklich groß ist, wieder zukunftsfest zu machen. Wir glauben auch nicht, dass Wohnbebauung an der Stelle sinnvoll wäre. Denn dieses Naherholungsgebiet wird gebraucht für die umliegenden Stadtteile. So gesehen, obwohl es sehr teuer ist, sehen wir keine Alternative. Wir sehen, dass die Stadtverwaltung aus unserer Sicht jetzt den besten Weg einschlägt. Man darf nicht vergessen, dass über Jahrzehnte hinweg die Kleingärtner, die hier ihre Parzellen hatten, Brunnen gebohrt haben, ohne dass irgendetwas passiert wäre.

Vor diesem Hintergrund können wir davon ausgehen, dass es nicht so dramatisch ist, wie es hier von der CDU geschildert wurde. Wir glauben, dass die Maßnahmen der Stadt ausreichen, um das Restrisiko, das noch vorhanden ist, dass man irgendwo Kampfmittel findet, auszuräumen und um sicher zu sein, dass man dieses Gelände für die Zukunft nutzen kann. Wir glauben, dass es wichtig ist für die Anwohner und für die Stadt insgesamt. Wir brauchen diese Naherholungsflächen. Es ist auch eine wichtige Frischluftschneise, die hier erhalten werden soll. Wir wollen, dass Karlsruhe seine grünen Ecken behält. Deswegen unterstützen wir diese Vorlage.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Unsere Fraktion folgt dem Antrag der Verwaltung. Wir haben gehört von den Vorrednern, es ist eine sehr lange Geschichte, die wir hatten. Eisenbahner, Garten, Abkauf, 20 Jahre Ruhestand, Verwahrlosung, Eigentumsrechte, die es nicht gab, erfolgreiche Konsensus-Konferenz, Kompromisse, schwere Abschiede vom eigenen Garten und viele Tragödien. Dann mussten wir erkennen, im Untergrund ist etwas, mit dem wir nicht gerechnet haben. Zu den Folgen eines Krieges hat Herr Dr. Cremer versucht, einen Bogen zu schließen, den ich auch voll verstehe. Aber ich muss als Mitglied einer Partei immer sagen, etwas Demut für eine Partei, dessen Vizekanzler damals als Außenminister den ersten Angriffskrieg, der nicht völkerrechtlich gesichert ist, auf ausländischem Territorium befohlen hat. Wer im Glashaus sitzt, sollte immer daran denken, es ist schlecht, mit Steinen zu werfen. Aber die Intention habe ich verstanden. Ich wollte nur, weil ich mich geärgert habe, dass es immer wieder so kommt, auch meine Sichtweise erklären.

Wir folgen dem Antrag der Verwaltung. Ich sehe große Chancen in dem Potential. Meine Vision ist tatsächlich, dass irgendwann einmal der ÖPNV-Anschluss durch die Stuttgarter Straße kommt. Was sollen wir tun, außer dem beschriebenen Weg? Wir haben auch gesehen, dass wir Kosten einsparen können. Es ist ein guter Weg. Der Antrag der CDU hätte vielleicht viel früher kommen müssen. Aber zum jetzigen Zeitpunkt gehen wir den vorgeschriebenen Weg und schauen, was vielleicht zukünftige Generationen daraus machen. Im Augenblick ist es gut, wie es ist.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Karlsruher Liste wird heute dem Antrag der Verwaltung zustimmen. Es ist jetzt einfach an der Zeit, dass wir das umsetzen, was der Gemeinderat will und was in der Konsensus-Konferenz ausgearbeitet wurde. Da gab es viele Dinge, die aus der Bürgerschaft mit in den Prozess hineingenommen wurden. Vor allem, wenn man bedenkt, dass aus der Bürgerschaft der Vorschlag kam, einen ehemaligen Bahndamm im Südosten des Geländes miteinzubeziehen, wo die Fachleute der Verwaltung, die bei der Konsensus-Konferenz dabei waren, das auch aufgegriffen haben. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn wir heute sagen, das gilt jetzt alles nicht mehr, wie man das dann draußen vermitteln will. Denn aus meiner Sicht und aus Sicht der Karlsruher Liste war das einer der besten Bürgerbeteiligungsprozesse, den ich in den letzten 10 Jahren erlebt habe. Von daher gehen wir heute den Weg mit. Die ESG Frankonia wartet schon ewig darauf, dass sie endlich die unterschiedlichen Vereinsgelände dort konzentrieren kann. Wir brauchen als Stadt das Gebiet am Weinweg, was die ESG Frankonia schon immer genutzt hat seit nach dem Krieg, dass wir da endlich den Schritt gehen, und in der Perspektive aufzeigen, dass es dort jetzt weitergeht.

Mein Kollege Høyem hat es gesagt, da passiert jetzt richtig etwas. Vor allem im östlichen Bereich, wo dann die Tennisanlage und das Vereinsheim hinkommen sollen. Da hat sich

wirklich viel getan, das muss man wirklich sagen. Vor ein paar Monaten hätte man es nicht für möglich gehalten, dass das sich doch so positiv entwickelt. Herr Kollege Hofmann, wie das kommuniziert wurde in den Ausschüssen, waren wir die, die am härtesten gesagt haben, wir wollen, dass der ganze Dreck da heraus muss. Von daher war das von uns jetzt auch noch einmal ein Entscheidungsprozess. Können wir Ihrem Antrag folgen oder nicht? Ich muss sagen, im Planungsausschuss, auch im Hauptausschuss, aber es war hauptsächlich im Planungsausschuss, wurde sehr detailliert dargelegt, wie die Situation aussieht. Wir haben uns davon überzeugen lassen. Deswegen werden wir heute auch so abstimmen, wie die Verwaltung uns vorschlägt.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es tut mir leid, aber Herr Zeh hat anscheinend unseren Antrag nicht gelesen. Deswegen muss ich das jetzt noch einmal richtigstellen. In dem Antrag steht weder drin, zurück auf Null. Da steht wortwörtlich drin – ich glaube, Herr Zeh, die zweite Seite haben Sie nicht mehr gefunden -, die Errichtung der Sportflächen im Areal steht dabei nicht zur Debatte. Ich weiß nicht, was Sie vorhin mir haben erzählen wollen. Uns geht es wirklich vor allem um die Freimachung des Bodens, wie Herr Cramer gerade gesagt hat. Wir sind nicht davon überzeugt. Das ist aber nicht schlimm. Das Projekt sehen wir trotzdem sehr positiv. Wir stehen allem entgegen. Ich bin auch bei Ihnen, Herr Cramer, es war eine vorbildliche Konsensus-Konferenz, aber leider wusste man nicht alle Fakten. Wir haben nur gesagt, wenn wir jetzt die Chance haben, noch einmal diese komplette Freimachung zu machen bis 6 m, würden wir das gerne mit hineinnehmen und nachfragen, ob das auch noch Bestand ist. Das muss gar nicht zurück auf Null. Wir haben es einmal Weiterführung genannt. Die Verwaltung schreibt jetzt, weiterführen geht nicht, man muss es neu machen. Aber ich denke, in dem Bereich hätte man das durchaus machen können. Deswegen bleiben wir auch dabei. Wir würden trotzdem gerne unseren Antrag, zumindest den Punkt 1 und die Punkte 2 bis 4 getrennt abstimmen.

Der Vorsitzende: Wir haben noch nicht seit 50 Jahren das Gelände. Darauf wollte ich nur Wert legen. Mir war noch einmal wichtig zu unterstreichen, dass nach meiner Wahrnehmung die Konsensus-Konferenz damals nicht die alleinige ausschlaggebende Motivation war, dort die Kleingärten und die ESG Frankonia unterzubringen. Sondern die Konsensus-Konferenz war vor allem sehr hilfreich, diesen Interessenskonflikt auf einem Gelände zu klären, und hat es auch dadurch mitgeklärt, dass man anschließend den Bahndamm mit hinzugezogen hat. Das heißt, das Gelände, das uns jetzt zur Verfügung steht, ist auch deutlich größer als das, was ursprünglich einmal zur Debatte stand. So, wie das verstanden habe – ich war damals noch nicht dabei -, hat es sehr viel mit diesem Grünzug zu tun vom Rhein bis an den Turmberg, und ist damit ganz zentrales Perlenelement auf dieser Kette. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich damals auch nicht wegen des günstigeren Preises für diese Variante ausgesprochen, sondern wegen dieser übergeordneten Bedeutung.

Von daher weiß ich nicht, ob es einen gewissen Sinn macht, jetzt noch einmal mit dem Thema Wohnbebauung heranzugehen. Weil aus meinem Verständnis diese Grundlagen unabhängig vom Preis in der Gesamtkonzeption schon gelegt waren.

Wir stimmen damit erst einmal über den Änderungsantrag der CDU ab, und hier die Ziffer 1. Ich wollte auch noch einmal feststellen, mit dem Vorschlag zur Entkontaminierung, den wir Ihnen machen, stellen wir einen Zustand her, wie wir ihn beispielsweise in der Südstadt Ost auf dem nicht mit Wohnbau bebautem Gelände auch haben. Also, dass nicht der Eindruck

entsteht, hier wird etwas weniger gewissenhaft gemacht, als wir das an anderen Stellen in der Stadt machen. Sie haben Recht. Wenn wir dann dort Wohnbau machen, müssten wir noch einmal tiefer auskoffern und müssten auch da noch einmal gezielt schauen. Aber das ist auch wieder richtig. Man weiß nicht, wenn wir in 10, 15, 20 Jahren an das Thema herangehen, was es dann vielleicht alles noch für Vorschriften gibt.

Damit rufe ich die Ziffer 1 des CDU-Antrags auf, der sich mit den 6 m beschäftigt. – Das ist mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommen wir zu dem Änderungsantrag bezogen auf das Verfahren, dass wir die Konsensus-Konferenz noch einmal aufnehmen und in Anbetracht der neuen Tatsachen auflegen. Da bitte ich ebenfalls um Ihr Votum. – Abgelehnt.

Jetzt haben wir die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung. – Das sieht ziemlich einstimmig aus. Das ist dann trotzdem noch ein schönes Ergebnis, auch für die ganze Arbeit, die dahinter steckt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
28. Februar 2020